

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 3, 8. Februar 2001

Einblicke

Weiter Weg

Von Ralf Bachmann

Die Kerzendemonstration am verregneten Abend des Holocaust-Gedenktages dürfte die letzte auf dem Bauplatz des Mahnmals am Brandenburger Tor gewesen sein. Bald werden Bagger und Kräne die Szene beherrschen. Für Herbst ist Grundsteinlegung angesagt. Die Reden Lea Roshs und Wolfgang Thierses alarmierten: Gebt den Unbelehrbaren keine Chance, wehret den Zuständen, denn über die Anfänge sind wir längst hinaus. Bei den 3 000 Teilnehmern spürte man Nachdenklichkeit. Was ist jetzt zu tun? Was heißt „Null Toleranz gegenüber Intoleranz“? Ist die Antwort nicht auch: Keine Freiheit für die Zerstörer der Freiheit? Und da wendet sich Architekt Peter Eisenman ausgerechnet gegen ein Verbot von Nazi-Aufmärschen am künftigen Mahnmal für die ermordeten Juden! Sollen die Fanatiker mit den Bomberstiefeln zwischen den Stelen - Symbolen der Erinnerung an die Millionen grabsteinlos Gebliebenen - umhertrampeln und den Opfern zum Hohn „Sieg Heil“ brüllen? Lieber kein Mahnmal als das, meinten viele.

Aber Eisenman geht es um etwas anderes. Man kann die Gedenkstätte nicht einmauern, zur nazifreien Zone erklären, und die Skinheads auf die Nachbarschaft verweisen, wo sie dann jüdische Friedhöfe schänden, Rabbiner überfallen, Hakenkreuzparolen schmieren. Für Eisenman ist das Mahnmal keine Klagemauer, sondern ein Stachel im Fleisch der Stadt, des ganzen Landes. Ob man sich hier an Feiertagen verneigt und bei Staatsbesuchen Kranzschleifen richtet, ist ihm gleichgültig. Dass es ein Volk zum „Nie wieder!“, die Schweigenden zum Reden, die Teilnahmslosen zum Handeln aufrüttelt, das will er. Natürlich ist er dafür, dass man die Nazis nicht gewähren lässt, sondern sich ihnen mit den Waffen einer schlagkräftigen Demokratie entgegenstellt. Nur eben nicht aus opportunistischen Gründen auf einem Platz, der im Blickfeld der Weltöffentlichkeit steht, sondern durch die geistige Entnazifizierung auch des fernsten Winkels im Lande. Dahin ist ein weiter, aber unausweichlicher Weg.

Die letzte Bastion

Für die Republikaner ist der Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag eine Existenzfrage. Parteichef Rolf Schlierer hat für den 25. März „ein gutes Gefühl“.

Seite 2, 3 ■

„Türken-Schläger“

Die braune Szene stellt die beiden Helfer, die dem Opfer des Neonazi-Überfalls im Januar in München zu Hilfe kamen, an den Pranger.

Seite 4 ■

Schlechte Kameraden

Neonazis inner- und außerhalb der NPD demonstrieren die Partei bereits schon vor dem Verbot.

Seite 6 ■

NPD-Verbotsantrag

Der von der Bundesregierung in Karlsruhe eingebrachte Antrag ist schlüssig begründet, das Beweismaterial ist überzeugend.

Seite 8 ■

Unbewiesener Tod

Das Schicksal des Judenretters Raoul Wallenberg bleibt nach wie vor ungeklärt.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Ländle-Partei****Die Republikaner brauchen dringend den Wahlerfolg in Baden-Württemberg.**

Die bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, so urteilt das „Nationale Infotelefon“, seien entscheidend darüber, ob die Republikaner noch eine Überlebenschance hätten oder unweigerlich dem Untergang entgegenzutaumeln. In der Tat gehört nur wenig prognostische Fähigkeit zu der Vorhersage, dass ein Scheitern der REP im „Ländle“ an der Fünf-Prozent-Hürde Folgen haben würde. Nachdem es dort zweimal gelungen war, in Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen, stellt Baden-Württemberg inzwischen die letzte Bastion der von ständigen Misserfolgen und Mitgliederverlusten gebeutelten Partei dar. Scheitert der Einzug dort, dann dürften auch die Tage des blassen Parteivorsitzenden Rolf Schlierer gezählt sein, der noch auf dem Bundesparteitag in Winnenden mit mehr als 80 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt worden war. Als einen „Parteitag der Geschlossenheit“ bezeichnete der bisherige Parteivize Christian Käs, zugleich Landeschef in Baden-Württemberg, diese Veranstaltung. Schlierer hatte dort ausnahmslos seine Gefolgsleute für die Führungspositionen durchgesetzt, die Gruppe seiner Kritiker dagegen war chancenlos. Gottfried Burischek, Generalsekretär der REP in Hessen und informeller Sprecher der Schlierer-feindlichen Fraktion „Rodgauer Konferenz“ scheiterte mit seiner Kandidatur für den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden. Der langjährige Schlierer-Kritiker Käs wiederum trat erst gar nicht mehr an und erläuterte lediglich in kleiner Runde am Rande des Parteitages seine Ablehnung des bisherigen Kurses.

Diese Beschreibung könnte zu der Annahme führen, Schlierer habe die REP fest im Griff. Nichts wäre falscher als das. Schlierer ist nur deshalb noch im Amt, weil es zu ihm gegenwärtig schlicht keine Alternative gibt und es (fast) niemand riskieren wollte, ihn vor der für die Partei überlebenswichtigen Landtagswahl zu demontieren. Dass der Widerstand gegen ihn spürbar geringer geworden ist, hat seine Ursache auch darin, dass ein erheblicher Teil seiner innerparteilichen Gegner die REP resigniert verlassen hat. Statt dessen sind etliche Funktionäre des zum Jahresende aufgelösten Bund Freier Bürger gewonnen worden, einige von ihnen treten

bereits als Landtagskandidaten im Südwesten an. Die Mitgliederzahl ist auf 14 000 gesunken, die spärlichen Zugewinne durch Übertritte können daran nichts ändern. Der in Winnenden verkündeten Trendwende dürften selbst Schlierers Anhänger nicht mehr glauben.

Zwar haben die REP im Landtag einige Initiativen entwickelt, die über die üblichen rassistischen Standards hinausweisen, doch haben sie noch nicht einmal in Ansätzen alternative Konzepte zur Politik der Landesregierung und der anderen Oppositionsparteien vorlegen können, geschweige denn mit eigenen Themen prägend in die Landespolitik eingreifen können. Wenn man bedenkt, dass es sich um den mitgliederstärksten Landesverband handelt, auf den sich zugleich die finanziellen und personellen Ressourcen konzentrieren, so muss eindeutig von einem mageren Ergebnis gesprochen werden. Zwar kritisiert Schlierer heute, die einstmals von seinem Vorgänger Franz Schönhuber ausgerufene „Intellectualisierung der Partei“ sei zu einem Zeitpunkt versucht worden, da die REP noch nicht einmal alphabetisiert gewesen seien, doch ist nicht zu übersehen, dass es mehr denn je an intellektueller Potenz mangelt. Die parteinahe Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung dürfte daran nur unwesentlich etwas ändern. Ihre nur spärlich von den Funktionären in Anspruch genommene Tätigkeit beschränkt sich bisher vor allem auf die Durchführung von Seminaren zur Abfassung von Presseerklärungen und ähnlichen praktischen Dingen der Tagespolitik. Dass solche Veranstaltungen allerdings in der Tat ein Defizit der Partei ausgleichen, unterstreicht zusätzlich ihren maroden Zustand. Dieser wird auch in der regionalen Verbreitung deutlich. Neben dem Schwerpunkt Baden-Württemberg ist vor allem noch Bayern von Gewicht. Mit deutlichem Abstand folgt Hessen, wo die REP hoffen, bei den anstehenden Kommunalwahlen im März mit einer noch höheren Zahl an Mandaten vertreten zu sein. Ein Kalkül, dass vielleicht sogar aufgehen könnte, denn in Hanau (14,1 Prozent) befinden sie sich in einer faktischen Koalition mit der CDU, in Offenbach haben sie mit einer rassistischen Kampagne gegen Sinti und Roma von sich reden gemacht. Allerdings stellen sie sich - wieder einmal - in anderen Gegenden selbst ein Bein. So wurden im Kreis Bergstraße zwei konkurrierende REP-Listen zur Kreistagswahl eingereicht. Da nur eine möglich ist, droht die Streichung beider. In Rheinland-Pfalz erwarten selbst die notorischen Optimisten unter den REP am 25. März nicht den Einzug in den Landtag. *Volkmar Wölk*

Aktivitäten

Mit „Löwenkraft“

Republikaner-Chef Rolf Schlierer will mit alten Parolen in den neuen baden-württembergischen Landtag einziehen. Am 25. März wird gewählt.

Wer in diesen Tagen eine Wahlkampfveranstaltung mit REP-Chef Rolf Schlierer besucht, bekommt gleich am Eingang von zwei Damen in rustikaler Tracht ein Plüschtier in die Hand gedrückt: den „kleinen Rolf“, ein hellblauer Löwe mit lilafarbenen Haaren und roter Nase. Mit „Löwenkraft“ wollen die Republikaner im März zum dritten Mal in Folge in den baden-württembergischen Landtag einziehen.

9,1 Prozent der Stimmen erhielten die Republikaner bei der letzten Landtagswahl 1996. Vier Jahre zuvor waren es noch 10,9 Prozent. Nirgendwo in der Bundesrepublik sind die Republikaner so stark, wie im deutschen Südwesten. Parteichef Schlierer hat für den 25. März ein „gutes Gefühl“. Viel genauer will er aber nicht werden, nur dass „wir mit Sicherheit wieder in den Landtag kommen“. Ein anderer REP-Landtagsabgeordneter hat dagegen schon eine Wette laufen, dass mindestens 12 Prozent erreicht werden.

Kräftig unterstützt werden die REP im baden-württembergischen Wahlkampf von den Resten des Bund Freier Bürger. Die im Februar 1994 von Manfred Brunner mitbegründete Partei hat sich Ende vergangenen Jahres aufgelöst. Der letzte BFB-Vorsitzende und frühere FDP-Landtagsabgeordnete Heiner Kappel durfte nun Anfang Februar bei einer Wahlkampfveranstaltung der Republikaner in Neckarsulm auftreten. Vor rund 100 Gästen jammerte er über eine „verblödete“ Bevölkerung, der die „morschen Knochen zittern, wenn sie selbstbewusst ihre Meinung sagen soll“. Das Publikum, überwiegend männlich und älter als 40 Jahre, applaudiert.

Schon lange gibt es enge Verbindungen zwischen den REP und den BFB-Leuten. Aber erst nach der Auflösung der rechten Partei werden sie richtig sichtbar. Denn bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg tauchen nun einige ehemalige BFB-Mitglieder als Kandidaten der Republikaner auf. Nachdem der REP-Vorstand im Rhein-Neckar-

Kreis zur NPD übergelaufen sein soll, tritt nun beispielsweise im Wahlkreis Mannheim der ehemalige baden-württembergische Landesvorsitzende des Bund Freier Bürger, Bernd Zehm, für die Republikaner an.

Mit 14 Abgeordneten sitzen die Republikaner seit 1996 im baden-württembergischen Landtag. Doch in den vergangenen fünf Jahren Opposition konnten die Republikaner landespolitisch keine großen Erfolge feiern. Der Heilbronner Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach muss sich deshalb damit rühmen, dass der baden-württembergische Verkehrsminister Müller auf seine Anregung hin den Busfahrplan geändert habe.

Parteichef Rolf Schlierer greift deshalb im Wahlkampf gerne auf die altbewährten Parolen zurück: Fremdenfeindlichkeit, gekleidet in sanfte Worte, verschleiert, um nicht in der Ecke der rechten Schläger und Molliwerfer zu landen. Das Wort Ausländer vermeidet Schlierer. Scheinheilig klagt er bei seinen Wahlkampfauftritten über „Gewaltimport“ und „Kulturinseln in den Ballungsräumen, in denen die Menschen nach eigenen Vorstellungen von Recht und Gesetz leben.“ Konflikte seien da vorprogrammiert. Die Zuhörer wissen schon, was gemeint ist. Wer es nicht versteht, bekommt es noch mal etwas deutlicher gesagt: „Multi-Kulti hat noch nie funktioniert“ und „Ich möchte hier im Land kein Kreuzberg haben. Wenn sie heute durch Kreuzberg gehen, dann brauchen sie einen Stadtplan auf türkisch! Die haben sich dort eingenistet!“, so Schlierer.

Mit Fremdenfeindlichkeit will man trotz der eindeutigen Worte nichts zu tun haben. Die Republikaner seien gegen jede Form von Gewalt gegen Menschen und Sachen. „In Heilbronn und Umgebung gibt es keine rechte Gewalt!“, empört sich der Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach über eine „Hetzkampagne“ der Medien. Dass erst vor ein paar Jahren im nahegelegenen Eppingen ein Mann von einer Gruppe Skinheads totgeschlagen wurde, hat er wohl vergessen. Und Parteichef Schlierer redet auch viel lieber über die Gewalt von links: „Ich kann gar nicht Außenminister werden, weil ich nie Molotow-Cocktails geworfen und auf Polizisten eingepöbelt habe!“, erklärt er den Zuhörern in Neckarsulm. Scheinbar betroffen spricht der Jurist Schlierer dann von dem „Verbrechen an dem Angolaner in Dessau“. Er meint den Mord an Alberto Adriano im Sommer vergangenen Jahres. Adriano kam aus Mosambik.

Benny Bender

Aktivitäten**„Türken-Schläger“**

Dass einer von ihnen wegen Mordversuchs international gesucht wird: Für bundesdeutsche Neonazis ist es nur der neuerliche Beweis für eine „Hexenjagd auf Nationalisten“.

Mitte Januar hatte der Sauerländer Christoph Schulte in München mit einer Horde Neonazis den Griechen Artemios T. überfallen, ihn geschlagen und mit Springerstiefeln getreten, auch als er schwer verletzt am Boden lag (BNR 2/01). Nur das Eingreifen einiger türkischer Münchner rettete dem 31-Jährigen das Leben. Gegen 13 Skinheads wurde Haftbefehl erlassen. Schulte, der als Haupttäter gilt und auf der Flucht war, wurde jetzt in Rotterdam festgenommen.

Dabei war das Ganze, glaubt man dem Nationalen Infotelefon Rheinland, doch nur „eine gewöhnliche Schlägerei“. Schulte sei „Opfer des Verfolgungswahns“, klagen die Neonazis aus Düsseldorf am 19. Januar - und freuen sich, dass er so lange nicht gefasst worden ist. Schulte setze „dem Überwachungsstaat gekonnt die Narrenkappe auf, denn weder Geld noch Verrat haben Christoph bisher zur Strecke gebracht.“

Auch das Fußvolk hat das Schicksal des flüchtigen Kameraden nicht unberührt gelassen. Von „Türken, die sich zusammengerottet haben um auf die Skins einzuprügeln“, weiß ein Martin S. im Diskussionsforum des Nationalen Infotelefons Hamburg zu berichten. Ein „Stuka33“ klagt: „Ist man ein stolzer Deutscher, so wird man gleich verachtet. Als Ausländer darfst du dir alles erlauben!“ Dass Türken in den Medien „zu Helden allerfeinster Güte“ gemacht werden, findet im NIT-Forum auch ein Matthias nicht in Ordnung: „Freunde, die ihr das Übel erkennt, wählt um jeden Preis national, denn wenn die Wahl 2002 in die Hose geht, dann werden in der nächsten Legislaturperiode noch mehr Ausländer wählen dürfen und unser Anteil immer mehr gen Null sinken.“ So viel Offenheit in der Diskussion ist nicht die Sache eines „Marfalda“. Er mahnt: „Solche Diskussionen gehören nicht ins Forum. Schicke gerne eine passende Antwort per E-mail.“

Dass Christoph Schulte der Täter war, das wollen auch die Kameraden aus seiner sauerländischen

Heimat nicht öffentlich eingestehen. Zum Beispiel beim Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid. Die Kameraden, die Schultes Verhältnis zur Gewalt wohl besser als andere kennen, versuchen es mit einer anderen Masche: Christoph Schulte als Opfer einer Verwechslung. „Man muss sich vorstellen, dass bei einer Geburtstagsfeier, wie die welche Kamerad Christoph besuchte, mehrere Leute vor Ort sind, die fast alle die selbe Kleidung, sowie eine fast identische Frisur haben“, heißt es auf der Internetseite des Nationalen Widerstands Hagen/Lüdenscheid. Die fremdenfeindliche Grundstimmung fehlt auch bei den Neonazis aus dem Westfälischen nicht. „Dahergelaufene ausländische Buben“ seien es gewesen, die als erste eingeschritten waren. Und: Könne „es nicht sein, dass diese nur als Auskundschaftler galten, die wie es bei organisierten Jugendbänden üblich ist, später Verstärkung holen und einen Streit anzetteln?“ Eine „Hasskampagne gegen unseren Kameraden Christoph“ beklagen seine Kameraden, „obwohl er nirgendwo seine eigene Auffassung des Geschehens darstellen kann“.

„Praktischerweise haben sich die Türken für die Zeitungen fotografieren lassen“, hatte sich Martin S. in seinem „Diskussions“-Beitrag am 15. Januar im NIT-Forum gefreut. Schon einen Tag später schon konnte er Vollzug melden und auf eine Internetseite der Reste des Thule-Netzes verweisen. Unter der Überschrift „Die Türken-Schläger“ finden sich dort die Fotos von fünf der Männer („ansässig in München“), die an jenem Abend eingegriffen hatten, um Artemios T. das Leben zu retten. Das Thule-Netz „verbindet mit der Veröffentlichung keine Aufforderung zur Gewalt“, heißt es scheinheilig. Doch die Tendenz ist eindeutig, liest man, was sich nach Ansicht der Neonazis in München wirklich zugetragen hat: „Ein Ausländer belästigt ein deutsches Mädel. Als andere Deutsche ihr zu Hilfe kommen, rotten sich weitere Ausländer zusammen und prügeln einen Deutschen bewusstlos.“

Der Täter wird zum Opfer, die Helfer werden zu Tätern. Und die, die Zivilcourage zeigen, sollen eingeschüchtert werden. „Wir haben jetzt wirklich Angst um unser Leben“, sagt einer der Münchner Türken, die eingriffen. Der Vorsitzende der Griechischen Gemeinde in der Bayern-Metropole, Kostas Tatsis, berichtet: „Angst macht sich in uns breit, weil in jener Nacht noch einmal bewiesen wurde, dass die Rechtsradikalen trotz Bürgerprotesten vor nichts zurückschrecken.“ *Thomas Sager*

Aktivitäten

Der endlose Prozess

Sechs Jahre nach dem Anschlag auf den Jüdischen Friedhof in Busenberg müssen sich die Neonazis Markus Walther und Christoph Bauer vor Gericht verantworten.

Eigentlich wollte das Landgericht in Zweibrücken den Prozess gegen die beiden ehemaligen Führungsmitglieder der Aktion Sauberes Deutschland (ASD) Markus Walther aus Pirmasens und Christoph Bauer aus Lörrach schnell durchziehen. Das Verfahren begann Anfang Dezember. Doch nun ist frühestens Ende Februar mit einem Urteil zu rechnen.

Walther soll gemeinsam mit den beiden Neonazis Wolfgang Lutz aus Weisenheim am Sand und Dirk Jeplik, dem ehemaligen Sänger der Landauer Skinhead-Band „Gegenwind“, den Jüdischen Friedhof im pfälzischen Busenberg verwüstet haben. 58 Grabsteine waren im Dezember 1994 umgestoßen und mit Hakenkreuzen und Parolen wie „Juda verrecke!“ beschmiert worden. An das Asylbewerberheim in Pirmasens soll er außerdem Sprüche wie „Tötet die Pest“ oder „Asylanten raus“ gesprüht haben. Bauer soll 1995 unter anderem am Auto eines Polizeibeamten alle vier Reifen zerstoßen und ein Hakenkreuz in den Kotflügel geritzt haben. In erster Instanz war er deshalb im Februar 1999 vom Amtsgericht Pirmasens zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Walther erhielt zwei Jahre ohne Bewährung.

Zunächst verzögerte sich der Prozess, weil Walther von Unbekannten zusammengeschlagen wurde. Der 25-Jährige erlitt einen Nasenbeinbruch und musste operiert werden. Um das Verfahren nicht ganz platzen zu lassen, verlegte das Gericht die Verhandlung ins Pirmasenser Krankenhaus.

Wichtigster Zeuge im Prozess gegen die beiden ASD-Mitglieder ist der 22-jährige Wolfgang Lutz. Er gehörte jahrelang der militanten Neonazi-Szene in der Vorderpfalz an. Schon mit 14 Jahren war er an einem Überfall auf das Asylbewerberheim in Weisenheim am Sand beteiligt. Drei Jahre nach der Friedhofsschändung mit Markus Walther, verwüstete er im Mai 1997 mit dem Neustadter Neonazi und Anti-Antifa-Aktivist Stefan Michael Bar

erneut den Jüdischen Friedhof in Busenberg. Kurz darauf wurde er verhaftet. Im Gefängnis machte Lutz umfassende Aussagen. Dadurch konnten über 15 rechtsextremistische Straftaten in der Vorderpfalz aufgeklärt werden. Auch die nun angeklagten Bauer und Walther wurden von Lutz schwer belastet.

Nach seiner Aussage hatte sich Lutz von der Szene distanziert. Im Sommer vergangenen Jahres sorgte der militante Vorderpfälzer allerdings erneut für Wirbel. Nachdem er seinen Führerschein abgenommen bekommen hatte, bedrohte er die zuständigen Richter, Polizisten und Verwaltungsbeamten, sowie den Bundestagsabgeordneten Norbert Schindler. Von dem Bad Dürkheimer Politiker forderte er seinen Führerschein zurück, sonst würde er seine 3 000 Schuss Munition einsetzen. Lutz wurde verhaftet und ohne großes Aufsehen verurteilt. Obwohl er unter Bewährung stand und erneut straffällig geworden war, kam er im September vergangenen Jahres beim Amtsgericht in Neustadt abermals mit einer Bewährungsstrafe davon. Der Richter wusste wohl, dass Lutz noch als Zeuge gegen Bauer und Walther gebraucht wird.

■ Hauptzeuge verzweifelt gesucht ■

Doch als Lutz im Dezember vor dem Landgericht in Zweibrücken aussagen sollte, konnte der Richter nur einen Brief vorlesen. Seine Mutter schrieb, ihr Sohn habe sich aus Angst vor Bauer und Walther in die USA abgesetzt. Wenige Tage später ging bei der Polizei in Kaiserslautern eine Nachricht von Lutz per E-mail ein. Darin forderte er vom Gericht freies Geleit und ein Flugticket aus Südamerika.

Inzwischen liegen zwar mehrere Haftbefehle gegen den 22-Jährigen vor, von ihm selbst fehlt aber jede Spur. Die Polizei vermutet ihn mittlerweile tatsächlich in Südamerika. Dort soll ein Onkel von ihm leben. Doch unter der Telefon-Nummer, die dem Gericht vorliegt, meldet sich seit Wochen niemand. Mitte der 90er Jahre wollte Lutz gemeinsam mit dem Ludwigshafener Altnazi Ernst Tag und Christoph Bauer eine „arische Kolonie“ in Südamerika gründen. Damals wurden entsprechende Kontakte geknüpft.

Das Gericht in Zweibrücken sucht verzweifelt den militanten Zeugen. Bauer und Walther hüllen sich unterdessen weiter in Schweigen. *Daniel Ernst*

Hintergrund**Keine Kameraden**

Neonazis bemühen sich nach Kräften, die NPD bereits vor dem Verbot zu demonstrieren.

Der Verbotsantrag gegen die NPD war noch nicht einmal eingereicht, als er bei der Partei und ihrem Umfeld Wirkung zeigte. Das fragile Bündnis zwischen NPD und den neonazistischen Kameradschaften scheint endgültig zerbrochen. Christian Worch, der informelle Führer und strategische Vordenker dieses Spektrums der Neonazis, urteilt lapidar zu den Folgen eines möglichen Verbots der NPD: „Ein vormaliger Verbündeter und jetziger Konkurrent ist weg.“ Andererseits sehen inzwischen Teile der Parteiführung der NPD die Nachteile der bisherigen konfliktreichen Kooperation. Der Parteivorstand hat am 10. Dezember in Berlin nach heftigen Auseinandersetzungen mit knapper Mehrheit einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der „Revolutionären Plattform - Aufbruch 2000“ (RPF) gefasst.

Die Revolutionäre Plattform, die erstmals beim NPD-Parteitag im März 2000 in Erscheinung getreten war, bildete zunächst vor allem ein Bindeglied zwischen den offen NS-orientierten Kräften in der Partei und den so genannten Freien Nationalisten, die auf ein unabhängiges Agieren setzen. Zugleich meinte man, der eigenen Position innerparteilich mehr Gewicht verleihen zu können, indem man geschlossen als Fraktion auftrat. Mit diesem Schritt sollte weiterhin zugleich eine Stütze für diejenigen Funktionäre geschaffen werden, die, wie das bisherige Parteivorstandsmitglied Steffen Hupka, von Parteiordnungsmaßnahmen bedroht waren. Das Agieren dieser Fraktion bedrohte allerdings zunehmend das sorgfältig austarierte Kräftegleichgewicht in der NPD.

Spätestens nach dem Landesparteitag in Schleswig-Holstein konnte nicht mehr übersehen werden, dass die RPF auf die Übernahme der Gesamtpartei abzielte und dabei den Verbotsforderungen zusätzliche Munition lieferte. Im nördlichsten Bundesland hatte eine Gruppe um den RPF-Sprecher Jürgen Gerg versucht, die Führung an sich zu reißen. Der bisherige Vorsitzende Ingo Stawitz wurde putschartig entmacht. Gerg und weitere bekannte Neonazis wie der Kieler Peter Borchert wurden in Spit-

zenpositionen gehievt. Der Parteivorstand reagierte mit der Ausrufung des Notstandes über den Landesverband sowie einem Ausschlussverfahren gegen Gerg und setzte kommissarisch den langjährigen Landesvorsitzenden Uwe Schäfer ein. Es stand allerdings für den Parteivorstand stets zu befürchten, dass Schleswig-Holstein nur ein Testballon für die RPF-Kader um Steffen Hupka, Jürgen Gerg und Tino Brandt (Thüringen) war.

Der nächste Konflikt war mit dem verhängten vorläufigen Demonstrationsverbot für die Parteigliederungen - außer um gegen das drohende Verbot zu demonstrieren - vorprogrammiert. Die den Freien Kameradschaften nahe stehenden Kräfte wollten sich nicht damit abfinden, künftig jeweils eine Genehmigung der NPD-Führung für Aufzüge einzuholen. Christian Worch reklamierte in einem seiner Brandschreiben gegen den NPD-Vorstand das Verdienst für sich, in kurzer Zeit vor dem Bundesverfassungsgericht durch Eilverfahren bedeutendere Erfolge errungen zu haben als der NPD-Jurist und Parteivize Hans-Günther Eisenecker innerhalb von zwei Jahren. Mit dieser Polemik gegen den ohnehin stark in der Kritik stehenden Eisenecker stieß Worch in der NPD auf offene Ohren. Das Demo-Verbot war jedenfalls nicht durchzusetzen. Im Gegenteil sahen die Kritiker ein feiges Zurückweichen vor der Repression.

■ „Ein Konkurrent ist weg“ ■

Kaum nachdem das Demo-Verbot aufgehoben worden war, starteten die RPF und ihre Verbündeten die nächste Provokation. Für den 4. November riefen sie nach Berlin zu einer Demonstration auf, die sich angeblich gegen das drohende NPD-Verbot richten sollte, also von der Parteiführung auf keinen Fall hätte untersagt werden können. In einem Kommentar zur Aufhebung des Demo-Verbotes durch den NPD-Vorstand offenbarte Worch das Kalkül, das hinter dem geplanten Aufmarsch stand. Nach Eigenangaben habe bei den drei bisherigen Aufmärschen der NPD in Berlin im Jahr 2000 eine durchschnittliche Beteiligung von 1 000 Personen verbucht werden können. Gelingen es jetzt der RPF, ohne Unterstützung des Parteiapparates die Hälfte dieser Zahl zu mobilisieren, dann sei der Nachweis erbracht, dass die den NPD-Vorstand stützende Fraktion bestenfalls so stark sei wie die Freien Nationalisten. „Gleiche Stärke spricht dagegen“, so Worch „dass es irgendwo eine ‘Führungskraft’ gibt. Und vielleicht bekommt die RPF ja auch deutlich

mehr als 500 Teilnehmer in Berlin auf die Straße...“ Es wurden rund 1 200 Neonazis, die allerdings Berlin unter recht schmachvollen Umständen wieder verlassen mussten. Da der NPD-Vorstand wenige Wochen später, am 25. November, nochmals zulegte und rund 1 500 Anhänger nach Berlin mobilisierte, hätte der Vorstoß als abgeblockt angesehen werden können. Voigt und sein Umfeld mussten jedoch vor allem den Demo-Aufruf der RPF als bedrohlich ansehen. Darin hieß es, ein Verbot der NPD stehe bereits fest, der Kampf aber werde auch danach weitergehen.

Zwar hatte Udo Voigt bei seinem Amtsantritt verkündet, unter ihm werde es keine zweite Entnazifizierung der Partei geben, doch ist dieser Integrationskurs selbst innerhalb des Parteivorstandes nicht länger durchzuhalten. Ausgerechnet sein von ihm protegierter Stellvertreter Holger Apfel, der langjährige JN-Chef, der als strategischer Kopf der NPD gilt, brachte im Parteivorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die RPF ein, der nach einer Kampfabstimmung mit knapper Mehrheit verabschiedet wurde. Unterstützt wurde Apfel von seinem Nachfolger als JN-Vorsitzender, Sascha Roßmüller, dem JN-Funktionär und Leiter des Parteiorgans „Deutsche Stimme“, Jürgen Distler, und von Peter Marx, dem Landesvorsitzenden des Saarlandes, der bereits seit Ende der achtziger Jahre als einer der Führer der Modernisiererfraktion innerhalb der NPD gilt. Das Vorpreschen von Apfel durfte kaum auf schwerwiegenden inhaltlichen Differenzen gegenüber der RPF beruhen. Noch am 27. Mai in Passau erklärte er: „Ja, wir sind eine verfassungswidrige Partei. Ja, wir arbeiten mit verfassungswidrigen Organisationen zusammen.“ Außerdem hatte er zu den ersten in der NPD gehört, die durch ihre Mitwirkung an den jährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmärschen eine geregelte Zusammenarbeit mit dem offen neonazistischen Spektrum praktizierten und als notwendig rechtfertigten.

Der Beschluss wurde gegen die Stimme des Parteivorsitzenden gefasst, der auch mit einem Redebeitrag dagegen auftrat. Er mag vor allem von der Angst vor einem endgültigen Zerbrechen seiner Partei getrieben worden sein, das ein Verbot letztlich überflüssig machen würde, da die NPD nicht mehr handlungsfähig wäre. Bereits heute munkeln Gegner aus den eigenen Reihen über eine „momentane Liquiditätslücke“ von 400 000 DM. Das Spendenaufkommen lasse deutlich nach, da manche Leute nicht mehr in ein Projekt investieren wollten, dessen Ende absehbar sei. Zu den Gegnern

des Unvereinbarkeitsbeschlusses gehörte aber auch Hans-Günther Eisenecker, dem Nähe zur Fraktion um Worch nicht nachgesagt werden kann, der sich im Gegenteil auch öffentlich von den Kameradschaften und der RPF distanziert hatte. Eisenecker scheint also einen Schwenk vollzogen zu haben. Das lässt auch der Umstand vermuten, dass bei der NPD-Demonstration am 14. Januar in Greifswald neben Eisenecker als Redner der der RPF nahe stehende Axel Möller vorgesehen war. Dass Frank Schwerdt als ehemaliger Vorsitzender der neonazistischen Kleingruppe Die Nationalen gegen den Antrag stimmen würde, war absehbar.

■ „Momentane Liquiditätslücke“ ■

Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang die Rolle von Horst Mahler, der zwar dem Parteivorstand nicht angehört, aber als juristischer Hauptvertreter der NPD zweifellos eine wichtige Rolle spielt. Sein Ausschluss aus der Berliner Strafverteidigervereinigung dürfte in den Kreisen der RPF sein Ansehen eher noch gesteigert haben. Er hält den Vorstandsbeschluss für einen Fehler. Im Rundbrief der RPF erklärt er: „Mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss hat der Parteivorstand einen kapitalen Bock geschossen. Es ist zu hoffen, dass der nächste Parteitag diesen Machtspruch kassiert und bis dahin nicht allzu viel Porzellan zerschlagen wird. Ich vertraue darauf, dass sich die jungen Funktionäre der RPF klüger verhalten als der Parteivorstand und Deutschland im Auge behalten. Der richtige Kurs darf nicht verlassen werden.“ Die NPD und die „Freien Kräfte des Nationalen Widerstands“ müssten ihre Zusammenarbeit sogar intensivieren. „Die Partei hat die Aufgabe“, so Mahler weiter, „die ihr zugewandten jungen Kräfte unseres Volkes für den politischen Kampf auf dem Boden des Grundgesetzes zu gewinnen“.

Es grenzt schon an Sarkasmus, wenn ausgerechnet Horst Mahler Grundgesetstreue anmahnt. Die „Freien Nationalisten“ wird seine angekündigte Prozessstrategie in Karlsruhe, die Legitimität des politischen Systems der Bundesrepublik umfassend in Frage zu stellen, sicher erfreuen. Es darf bezweifelt werden, dass es eine erfolgreiche Vorgehensweise sein wird. Worch und seinen Anhang kümmert dies wenig. Für sie sind viele NPD-Kader schon lange keine Kameraden mehr. Ihnen geht es darum, aus der Konkursmasse der NPD so viel wie möglich Substanz abzugreifen. Kameradschaft nach Art der extremen Rechten eben. *Jean Cremet*

Hintergrund**Verbot begründet**

Die Bundesregierung hat am 30. Januar beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD eingereicht. Die Begründung ist schlüssig, das Beweismaterial überzeugend.

Die Antragschrift beginnt - für einen Antrag auf Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens eher ungewöhnlich - mit der Werbung für die Notwendigkeit des Verfahrens zum Verbot der NPD: Die Bundesregierung sei über die Zunahme des Rechtsextremismus, insbesondere die zunehmende Bereitschaft zu Gewalt, besorgt, bei der die NPD eine Schlüsselrolle spiele. Sie habe - ebenso wie die Länder - mit Aktivitäten für Demokratie und Toleranz, mit Bildungsmaßnahmen, dem Verbot rechtsextremistischer Vereine - 15 seit 1989 - das ihr zu Gebote stehende Instrumentarium ausgeschöpft. Der von der NPD verursachte moralische und politische Schaden könne nicht mehr anders abgewehrt werden als durch den Verbotsantrag, denn ein Verbot mindere die Betätigungsmöglichkeit einer Partei. All dem kann man uneingeschränkt zustimmen. Ob freilich ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf in ihrer Meinungsbildung unsichere Jugendliche Eindruck machen wird, bleibt abzuwarten.

Die Zulässigkeit des Antrages untermauert die Bundesregierung aus der Rechtsprechung des Gerichts. Hier kann sie sich auf die Selbsteinschätzung der NPD, ihren Versuch, alle Felder der Politik abzudecken, die Mitwirkung an lokalen und landesweiten Wahlen, stützen. Dass die NPD den Einzug in Parlamente wie weiland Josef Goebbels mit seiner Strategie zur Machtergreifung nur als Durchgangsstation zu einem totalitären System versteht, wird bei der Darlegung der Wesensverwandtschaft der NPD mit der NSDAP an späterer Stelle unter der Begründung des Antrags ausgeführt. Dass die NPD vom Wähler inzwischen, anders als nach ihrer Gründung, als es keine anderen rechtsextremen Parteien gab, kaum wahrgenommen wird - von lokalen Ausnahmen in Hessen oder Sachsen abgesehen - könnte bei der Prüfung des Antrags zum Problem werden, steht der Zulässigkeit jedoch nicht entgegen. Die Sorge, das Gericht werde gar nicht erst in eine Sachprüfung, also ein Verfahren nach

Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes eintreten, dürfte denkbar unbegründet sein.

Die Kernfrage wird sein, ob das in drei Leitzordnern dem Antrag angefügte Beweismaterial den Antrag der Bundesregierung trägt. Die Antragschrift bewegt sich bei ihrer Beweisführung entlang den in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von Sozialistischer Reichspartei (SRP; 1951) und KPD (1953) definierten Maßstäben. Als Schwerpunkt sieht die Bundesregierung den Nachweis an, dass sich die NPD und ihre Anhänger gegen Menschenwürde und Demokratieprinzip mit Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit wenden und eine Willkürherrschaft anstreben. Ob das Gericht durch die Aussage zu beeindruckt ist, die NPD lehne die von den deutschen Verfassungsorganen, also vom Bundesverfassungsgericht, getroffenen Entscheidungen ab, bleibt abzuwarten. Eher akademischen Wert haben die dann folgenden Darlegungen zum Spannungsverhältnis zwischen reiner und wehrhafter Demokratie. Bemerkenswert ist die Erwägung, ob das Verhalten der Anhänger der NPD der Partei zuzurechnen ist, insbesondere, wenn sie „die von ihr ausgegebenen Parolen zuspitzen, wenn sie offiziell Ungesagtes aussprechen und Schlüsse ziehen, die die Grenze des Zulässigen überschreiten“. Diese Überlegung ließe sich durchaus auf andere Parteien übertragen, beispielsweise bei der Nutzung des Themas „Ausländer“. Die Fragestellung, ob Voraussetzung des Verbots eine „konkrete Gefahr“ sein müsse, erscheint, wenn man denn mit der Manifestation der wehrhaften Demokratie ernst macht, eher abseitig. Hier dürfte kein Risiko für den Antrag bestehen.

Die Ausführungen der Bundesregierung zur Verfassungswidrigkeit der Ziele der NPD überzeugen. Die Stringenz der Darlegung lässt durchaus die Frage zu, ob die Verfassungsschutzämter in der Vergangenheit die NPD unterschätzt haben. Als Schwerpunkt bezüglich des aktiv kämpferischen Verhaltens der NPD sieht die Bundesregierung das „strategische Konzept“ der NPD aus dem Jahre 1997, in dem die „drei strategischen Säulen der NPD“ - Schlacht um die Köpfe, Schlacht um die Straße und Schlacht um die Wähler - definiert worden sind, an. Allein die Sprache macht deutlich: hier geht es nicht um eine Partei, die sich in die Demokratie einfügen will. Der zweite Schwerpunkt ist die mit Namen und Organisationen belegte Verknüpfung der NPD mit dem Neonazismus und Skinheads.

Klaus-Henning Rosen

Hintergrund**Braune Strategie**

Der Begriff „national befreite Zonen“ ist zum Unwort des Jahres 2000 erklärt worden.

Das Unwort „national befreite Zone“ umschreibe auf zynische Weise Gebiete, aus denen mit terroristischen Übergriffen Ausländer und Angehörige anderer Minderheiten vertrieben würden, befand die Jury. Doppelt zynisch daran sei, dass „der Nationalbegriff missbraucht und Terror mit Befreiung gleichgesetzt wird“, sagte Jury-Sprecher und Germanistik-Professor Horst Dieter Schlosser. Das Unwort des Jahres soll sprachliche Missgriffe deutlich machen, die sachlich grob unangemessen sind und die Menschenwürde verletzen. Dies sei beim Begriff „national befreite Zonen“ oder auch „zeckenfreie Zonen“ eindeutig der Fall, meinte die Jury.

Ihren Ursprung hat die Formulierung in dem Strategiepapier „Schafft befreite Zonen! Revolutionärer Weg konkret“, das die Zeitschrift „Vorderste Front“, das Organ der NPD-Studierendenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB), 1993 zum ersten Mal veröffentlicht hat. Inzwischen ist der anonyme Text auf diversen Neonazi-Homepage abrufbar, darunter die deutschsprachige Sektion der „Storm-front“-Page aus Florida, die als Mutter aller rechtsextremen Seiten im Internet gilt, oder die Domain des deutschen Holocaust-Leugners Ernst Zündel in Toronto/Kanada. Das Papier skizziert weit reichende Ziele: „Befreite Zonen bedeutet für uns zweierlei. Einmal ist es die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, das heißt wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährten und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig.“ Darüber hinaus verstehen die Autoren unter „befreiten Zonen“ eine Vernetzung rechtsextremer Gruppen und Einzelaktivisten, die möglichst eng und mit allen technischen Mitteln erfolgen solle. Ausdrücklich weisen sie auf die strategischen Vorzüge der computergestützten Kommunikation hin. In befreiten Zonen sollen militante Rechtsextremisten das Meinungsklima beherrschen, sich vor staatlicher

Verfolgung verbergen können und in den Betrieben einer rechten Gegenökonomie ihren Unterhalt erzielen.

Das Papier ist eine Collage aus strategischen Versatzstücken US-amerikanischer Neonazis, lateinamerikanischer Guerillakämpfer, nordirischer Paramilitärs und der neuen sozialen Bewegungen West-Deutschlands. So geht es beispielsweise zurück auf das Konzept der Leaderless Resistance, das der US-Rechtsextremist Louis Ray Beam 1992 veröffentlicht hat und das nicht formal organisierte, gut vernetzte Zellen als Basis des Kampfes vorsieht. Deutliche Parallelen weisen die anvisierten Zonen zu den Hochburgen des Nordirland-Konflikts auf, in denen paramilitärische Gruppen zumindest zeitweise faktisch Polizei und Justiz ersetzt haben. Die NPD, aus deren Kreisen das Befreite-Zonen-Papier stammt, sucht seit rund 30 Jahren die Nähe zu nationalistischen Kreisen in Irland. Auch linke Bewegungen wie die 68er- und Alternativbewegung haben - trotz aller ideologischen Gegnerschaft - Modell gestanden: Informelle Vernetzung und die Gründung eigener Läden und Betriebe haben sie bereits in den 70er Jahren vorgeführt.

Das Konzept ist zwar keine Wirklichkeit, Ansätze sind aber erkennbar. Das Berliner Zentrum Demokratische Kultur spricht davon, die „national befreiten Zonen“ seien „vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung“ geworden. Mancherorts sind Stadtteile und Straßen zu No-Go-Areas geworden, in denen sich Menschen mit dunkler Haut abends oder nachts nicht sicher fühlen können. Der Begriff dient häufig auch zur Bezeichnung einer von rechts, vielfach durch Skinheads, dominierten Jugendkultur, die insbesondere in den neuen Ländern verbreitet ist. Als Paradebeispiele gelten Neonazi-Hochburgen wie das sächsische Wurzen oder Fürstenwalde und Schwedt/Oder in Brandenburg. So ist es Rechtsextremen allein in Schwedt zumindest zeitweise gelungen fünf Jugendklubs in eigene Treffpunkte umzuwandeln. Rechte Skin-Bands geben den Ton an, eine Gegenwehr gegen die Neonazi-Umtriebe findet kaum statt. Mit dem Anspruch „durch Vernetzung eine befreite Zone im Mailbox-Bereich“ zu schaffen ist im März 1993 der Computer-Verbund „Thule-Netz“ gestartet, der zur Initialzündung der virtuellen Kommunikation deutscher Rechtsextremisten wurde. Nach heftigen Flügelkämpfen spaltete sich das Netz im März 1997 und löste sich gut zwei Jahre später auf. Hunderte von Internet-Homepage haben seine Nachfolge angetreten.

Thomas Pfeiffer

NS-Vergangenheit**Tod nicht bewiesen**

Neue Dokumente über Raoul Wallenberg sind aufgetaucht. Die Suche nach der Wahrheit über den Tod des Judenretters geht weiter.

„Für mich und alle, die den Namen und das Wirken Wallenbergs kennen, lebt er - so lange, bis die Sowjets überzeugende Beweise für seinen Tod geliefert haben. Zu viele Zeugen sagten aus, dass er nach seinem 'offiziellen' Tod noch am Leben war.“ Das schrieb Simon Wiesenthal 1982 im Vorwort zu einem Buch über den „Retter von hunderttausend Juden - ein Opfer Himmlers und Stalin“, Raoul Wallenberg.

Wiesenthals Zweifel sind weiter angebracht - trotz neuer Dokumente und Erklärungen Moskaus. Der Schwede Wallenberg war Mitte 1944 auf Bitte der US-Regierung nach Budapest gereist, um zu versuchen, Juden vor der Deportation nach Auschwitz zu retten. Er mietete zahlreiche Häuser an und verteilte unter der jüdischen Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt „Schutzpässe“. Sie sollten den Inhabern bescheinigen, dass sie unter dem Schutz der schwedischen Krone stünden und in Kürze in das skandinavische Land ausreisen würden. So entkamen etliche zehntausend Männer, Frauen und Kinder dem Gas von Auschwitz. Am 17. Januar 1945 wurde Wallenberg von einer sowjetischen Streife abgeholt und weggebracht - wahrscheinlich nach Moskau. Danach verliert sich jede Spur von ihm und seinem Fahrer Vilmos Langfelder. Nach dem Ende des kommunistischen Regimes in der UdSSR bildeten die Regierungen in Moskau und Stockholm eine Historikerkommission, die Wallenbergs Schicksal endgültig klären sollte. Sie hat nun ihre Arbeit beendet, konnte aber nicht einmal eine gemeinsame Abschlusserklärung vorlegen.

Während die russische Seite erklärt, Wallenberg und Langfelder seien im Juli 1947 von „Sowjet-Organen ohne Grundlage verhaftet und aus politischen Gründen ihrer Freiheit beraubt worden“, sagt die schwedische Regierung, es sei nicht gelungen, die Hintergründe von Verhaftung und Tod Wallenbergs und Langfelders zu klären. Ins Zwielicht gerät nun mehr und mehr die damalige Stockholmer Regierung. Sie habe es, heißt es in dem schwedischen Bericht, aus Unterwürfigkeit gegenüber Stalin ver-

absäumt, auf Freilassung der beiden zu drängen. Ministerpräsident Persson betont: „Natürlich trägt das sowjetische Regime, das Wallenbergs Verschwinden anordnete, die Hauptverantwortung. Doch fest steht, dass ein energischeres und zielbewussteres schwedisches Handeln ... zu einem glücklicheren Ausgang für Wallenberg und seine Familie hätte führen können.“

Ins Visier gerät nun vor allem Staffan Söderblom, damals schwedischer Botschafter in Moskau. Er hat nachweislich während einer Audienz bei Stalin zum Ausdruck gebracht, nach seiner persönlichen Meinung seien die beiden Schweden in Budapest durch einen Unfall ums Leben gekommen. Hier freilich ergeben sich zahlreiche Fragen, die vor allem Stockholm beantworten muss. Wo ist die Äußerung von Söderblom dokumentiert? Hat er tatsächlich seine eigene Meinung geäußert, oder handelte er auf Weisung seiner Regierung? Ein Tadel Söderbloms für seine Äußerung gegenüber Stalin ist nicht dokumentiert. War Schweden frei in seinem außenpolitischen Handeln oder stand es unter Moskaus Druck? Sollte der Botschafter Stalin signalisieren, für Stockholm sei der Fall abgeschlossen, oder fürchtete man sich vor Dokumenten über geheime Verhandlungen, die SS-Chef Heinrich Himmler über seinen schwedischen Masseur in Stockholm geführt hat, um seinen Kopf zu retten? War Wallenberg wirklich nur nach Budapest gereist, um Juden zu retten, oder war er auch ein westlicher Spion? Dieser Verdacht ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, weil Wallenberg unter den Augen von Adolf Eichmann sein Rettungswerk vollbrachte und der Vollstrecker der „Endlösung“ nichts dagegen unternahm.

Auch am Datum der Ermordung gibt es erhebliche Zweifel. Zahlreiche Zeugen haben nämlich selbst in den 80er Jahren behauptet, Wallenberg lange nach 1947 gesehen zu haben. Kritiker fragen, ob Wallenberg vielleicht bis zum Ende des kommunistischen Regimes im Jahr 1990 gelebt habe. Das freilich ist aus biologischen Gründen eher unwahrscheinlich. Immerhin ist der Retter im August 1912 geboren worden.

Die Arbeit der gemeinsamen Kommission endete zwar in zwei getrennten Berichten, überzeugende Ergebnisse wurden aber nicht geliefert. Der „Fall Wallenberg“ gehört jedenfalls noch nicht zu den Akten. Er bleibt auf der Agenda, die Suche nach der Wahrheit über das Ende dieses „Gerechten der Völker“ muss weitergehen. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Die Bukowina

Eine versunkene Literaturlandschaft

„Zwischenwelt“ (vormals „Mit der Ziehharmonika“), die im 17. Jahrgang erscheinende, verdienstvolle österreichische Vierteljahresschrift, behandelt in zwei Heften das Schwerpunktthema Bukowina (vgl. zuletzt den Literaturüberblick in BNR 17/1999). Die Zeitschrift wird von der Theodor Kramer Gesellschaft verlegt, von Sieglinde Bolbecher und Konstantin Kaiser herausgegeben und widmet sich besonders den Themen Widerstand und Exil.

Das Doppelheft 2/2000 sammelt Beiträge, die sich mit der Geschichte und der kulturellen Entwicklung dieser „versunkenen Literaturlandschaft“ beschäftigen, deren „Untergang als ein ‚Viersprachenland‘ (Ukrainisch, Rumänisch, Deutsch, Jiddisch) mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und dem damit einher gehenden Vernichtungsfeldzug gegen die jüdische Bevölkerung Ost- und Südosteuropas besiegelt wurde“, so die Herausgeber einleitend.

Hannes Hofbauer beschreibt die Geschichte des „Buchenlandes“ (1850 Kronland der österreich-ungarischen Monarchie, nach dem Ersten Weltkrieg Rumänien zugesprochen), Mariana Hausleitner die Rumänisierung der Bukowina zwischen 1918 und 1944. Kurt Rein sowie Günther Guggenberger widmen sich der deutsch-jüdischen Symbiose in der Hauptstadt Czernowitz. Literarische und literaturwissenschaftliche Beiträge gelten Karl Emil Franzos, dem jiddischen Fabeldichter Elieser Steinbarg, dem jungen Paul Celan, den jiddischen Autoren Itzig Manger und Josef Burg sowie den jüdischen Autorinnen der Bukowina im 20. Jahrhundert, unter denen Rose Ausländer die bekannteste geworden ist. Die ernüchternde Gegenwart fasst Edith Silbermann, eine Jugendfreundin Celans, die seit 1964 als Dozentin und Übersetzerin in Düsseldorf lebt, in ihrem Beitrag so zusammen: „Dozenten der germanistischen Fakultät der nunmehr ukrainischen Universität (Czernowitz; Anm.) bemühen sich zwar, die Erinnerung an die deutschsprachigen Dichter der Bukowina warm zu halten, es werden Gedenktafeln an deren Geburts- und Wohnhäusern angebracht, Übersetzungen ihrer Werke veröffentlicht, doch all dies hat musealen Charakter, eine deutsche Kulturlandschaft gibt es in der Bukowina nicht mehr“ (S.45).

Heft 3/2000 setzt den Bukowina-Schwerpunkt fort: Mariana Hausleitner geht den spärlichen Informationen über einzelne Solidaritätsaktionen von Rumänen gegenüber verfolgten jüdischen Mitbürgern nach („Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der rumänischen Öffentlichkeit der 90er Jahre noch immer nicht das Klima vorhanden ist, um über den Holocaust zu diskutieren“, S.13); Brigitte Mihok erforscht die Deportation der Roma aus Transnistrien, einem Landstrich der südlichen Ukraine zwischen den Flüssen Dnjestr und Bug, der zwischen 1941 und 1944 der rumänischen Verwaltung unterstellt war, die dort zahlreiche Ghettos und Konzentrationslager errichtete; Hannes Hofbauer befasst sich mit der „Bukowina heute - zwischen altösterreichischer Nostalgie und westukrainischem Nationalismus“.

Im literarischen Teil des Heftes analysiert Peter Rychlo, Dozent an der Universität Czernowitz, die Holocaust-Lyrik des Dichters Immanuel Weißglass, ebenfalls ein Jugendfreund von Celan, in dessen Leben die Deportation in eines der Lager in Transnistrien den entscheidenden Einschnitt bedeutete. Weitere Beiträge gelten dem Dichter Alfred Kittner sowie den Schriftstellern aus der Bukowina, die ihre zweite Heimat in Israel gefunden haben. Berichte Überlebender und ein Interview mit der 1908 geborenen Rosa Roth - Zuckermann - erinnert sei an den Dokumentarfilm „Herr Zwilling und Frau Zuckermann“ - beschließen das Heft.

Die beiden Ausgaben der Zeitschrift „Zwischenwelt“ bringen eine solche Fülle an Überblicksartikeln und Einzelstudien, an wertvollen Hinweisen wie weiterführenden Literaturangaben, dass sie mit Nachdruck jedem, der an dem Thema interessiert ist, empfohlen seien - vor allem auch den Nostalgierreisenden nach Czernowitz: Vergleichbares ist seit Jahren nicht erschienen. *Theo Meier-Ewert*

„Zwischenwelt“, Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands, 17. Jg., H. 2 und 3/2000; Engerthstraße 204/14, A-1020 Wien, Tel. 729 80 12, Fax: 729 75 04; E-mail: tkg@compuserve.com; Homepage: www.sbg.ac.at/ger/kramer.htm

Hinweis

Bad Münstereifel - Die Friedrich-Ebert-Stiftung befasst sich in ihrem 48. Münstereifeler Literaturgespräch „Viersprachenlieder erfüllten die Luft“, das vom 30. März bis 1. April stattfindet, mit deutsch-jüdischer Dichtung aus Czernowitz. Kurt-Schumacher-Akademie Bad Münstereifel, Tel. 02253/9212-0, Fax -/8091; E-mail: Mueeifel@fes.de

Seitenblick**Unbedachte Sprüche**

Antisemitische Entgleisungen gehen manchen Personen locker von den Lippen. Entschuldigungen sind dann in der Regel allzu schnell bei der Hand.

Berlin leidet an einem Zuviel an Opernhäusern. Die Politik, vertreten durch Berlins Kultursenator Christoph Stölzl will unter dem Protest der deutschen Opernszene den Rotstift ansetzen. Ulrich Roloff-Momin, früherer Kultursenator, hatte im Herbst 2000 den Vorwurf erhoben, die Diskussion um die Opern-Zukunft werde mit antisemitischen Untertönen geführt. So wurde dem Leiter der Deutschen Oper, Generalmusikdirektor Christian Thielemann, nachgesagt, er habe, offenbar um seinen Arbeitsplatz zu schützen, von sich gegeben, man müsse Berlin von den jüdischen Musikern reinigen. Gemeint sein konnte nur Daniel Barenboim, künstlerischer Leiter der Berliner Staatsoper Unter den Linden, der Jude ist. Der CDU-Lokalpolitiker Klaus Lewandowsky hat keine Mühe, eine solche Diktation aufzunehmen, indem er (vor der Öffentlichkeit) erklärte, Berlin habe zwei Opern, die eine werde von Thielemann geleitet, „und die andere von dem Juden Barenboim“. Lewandowsky entschuldigte sich immerhin, er habe die Zufügung der Bezeichnung „Jude“ als Kompliment gemeint.

Daniel Barenboim ist nachsichtig genug, dies nicht für Antisemitismus zu erklären und widerspricht der Aufforderung von Chanoth Ron in der israelischen Tageszeitung „Jedioth Aharonoth“, die über diesen Vorgang berichtet. In Berlin, so Barenboim, gebe es keinen Antisemitismus. Im Übrigen sei dies eine Krankheit, die auf den zurückfällt, der solche Äußerungen macht. Barenboim hat aber auch keine Probleme, in Israel Werke von Richard Wagner, der prominenter Antisemit des 19. Jahrhunderts war, zu dirigieren.

Sprüche wie die genannten, die den Eindruck erwecken, nach zwölf Jahren Drittes Reich habe sich in Deutschland nichts verändert, gehen auch anderen locker über die Lippen. In der Gästeliste einer Weihnachtsparty in Berlin wurde als Berufsbezeichnung für die Vertreterin einer Shoa Foundation eingetragen „Judenlobby“. Der Leiter der Stadtwerke Lennestadt grüßt seine Mitarbeiter zu Weihnachten mit dem Wunsch „Heil und Sieg im

neuen Jahr“. Heil hat es ihm selbst nicht gebracht, denn seinen Job ist er erst einmal los. „Sieg“ scheint auch einem Bonner Studentenfunktionär der angemessene Gruß beim Betreten seiner Kneipe. Einem jüdischen Ehepaar - der 72-jährige Ehemann ist Sohn eines Nazi-Opfers -, das von rechten Gewalttätern in Cottbus mit den Worten bedroht wird, „wir schlagen euch tot, kommt raus ihr Schweine“, bietet der zu Hilfe gerufene Polizist „Schutzhaft“ an. Die Täter werden gesucht, sonderlich scharf auf die Fahndung scheint die Polizei in Cottbus nicht, denn wenig später verprügeln stadtbekannte Skinheads einen Libanesen und mehrere Deutsche. In allen Fällen waren Entschuldigungen allzu schnell zur Hand. In dem Interview mit Daniel Barenboim hatte der israelische Journalist treffend gesagt: „Vielleicht ist das überhaupt das Schlimmste, dass sich so viele Leute entschuldigen“.

Ohne die Geschmacklosigkeit der vorstehenden Entgleisungen zu bagatellisieren, muss dennoch vor Hysterie gewarnt werden. Es geht um die verbrannten Worte, die durch Missbrauch durch die Nazis tabuisiert sind. Niemand wird zwar auf die Idee kommen, das von den Nazis über den Eingang des KZ Auschwitz gesetzte „Arbeit macht frei“ wieder salonfähig zu machen. Anders möchte es sich mit einem Vorgang verhalten, mit dem eine Erfurter Bank ins Gerede kam, als sie mit den Worten für ihre Leistung warb „Jedem das Seine“. „Bank wirbt mit KZ-Spruch“, lautete die aus einer dpa-Meldung bundesweit übernommene Schlagzeile, die die Bank veranlasste, ihre Werbung unverzüglich zurückzuziehen. Der Grund: Diesen seither als zynisch empfundenen Spruch hatten die Nazis über dem Eingang des Konzentrationslagers Buchenwald angebracht.

Geht man seiner Herkunft nach, so stößt man auf den Corpus iuris des römischen Juristen Ulpian, der eine alte römische Rechtsregel in die Digesten übernommen hat. So schrieb Cicero, die Gerechtigkeit erkenne man daran, dass sie jedem das Seine zuteilt. Friedrich I. von Preußen hat das Wort zur Preußens Wahlspruch erhoben. Es ist Motto des am 17. Januar 1701 gegründeten preußischen Adlerordens und zierte Preußens Münzen. Der Missbrauch des Wortes sollte ihm eigentlich seinen ursprünglich guten Klang nicht nehmen können. Man könnte natürlich auch daran denken, ihm seine Unschuld wiederzugeben - etwa, indem man den KZ-Opfern die Entschädigung zubilligt, die ihnen zusteht.

Klaus-Henning Rosen

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg. Nr. 2-5/2001:**

Die Vergangenheit von Außenminister Joschka Fischer wird von der JF dankbar aufgegriffen. Wegen der der Bewegung immanenten Militanz sei er auch für die Brandsätze verantwortlich gewesen, konstruiert Werner Olles. Überhaupt habe er „den aufgebrachten und gewaltbereiten Militanten auch nicht widersprochen“. Diese „Lichtgestalt“ auf dem „Chefposten des Auswärtigen Amtes“ würde die Vergangenheit mystifizieren und hänge an „seiner Lebenslüge ... wie ein Junkie an der Nadel“ - wie im Übrigen auch „die Mehrzahl der damals Dabeigewesenen“ (sprich die 68er) -, behauptet Olles (3/01, 5/01). Thorsten Thaler bedauert, dass sich Daniel Cohn-Bendit zu der ihm vorgeworfenen militanten Vergangenheit gegenüber der JF nicht äußern wollte (4/01). Geschichtsrevisionist Alfred Schickel geißelt die weltweite Führungsrolle der USA, die bereits in der Politik Roosevelts angelegt sei, deren vordringliches Interesse es war, 1941 „den europäischen Konflikt zu einem Weltkrieg auszuweiten“ (2/01). Walter Post nennt Gründe, warum Hitler sich durch die Sowjetunion bedroht fühlte und den Angriff auf diese 1941 durchführte. Er kommt zu der Feststellung, dass Stalin und die Sowjetführung „mindestens eine schwere Mitschuld trifft“ (3/01). Hans-Helmuth Knütter mahnt die Rechte, nicht mehr auf die Staatsmacht zu vertrauen, sondern „gegen die Beeinträchtigung der Rechte des deutschen Volkes“ zu kämpfen (2/01). Gefahr droht nach Ansicht von JF-Autor Carsten Scholte nicht durch rechtsextreme Gewalttäter, der Kampf gegen rechts sei mithin überflüssig, sondern von von Ausländern begangenen Gräueltaten, die von ihm akribisch aufgelistet werden (3/01). Kritisiert wird selbstredend die „Aktion Noteingang“, in Sachsen-Anhalt nun gar mit staatlichem Segen versehen, was dazu führte, dass US-amerikanische Reiseunternehmen „vor der 'gewalttätigen Bevölkerung' der neuen Bundesländer“ warnten (4/01). Werner Obst rät ab von der EU-Osterweiterung, wofür wieder einmal Deutschland, das ohnehin schon „durch die unfairen Brüsseler Beitragsmodalitäten“ vom Wachstum der anderen EU-Staaten abgekoppelt sei, den „Löwenanteil“ finanzieren solle. Das braune Öko-Urgestein Baldur Springmann empfiehlt zur Bewältigung der BSE-Krise „eine von Religiosität durchleuchtete und von volkischer Eigenart getragene Politik“ (5/01). (gn)

In eigener Sache**Neue Internet-Seite**

Der „blick nach rechts“ verfügt seit Jahresbeginn über ein neues und ergänztes Internetangebot. Auf unserer Homepage www.bnr.de können Sie sich online über die rechte Szene informieren. Eine komfortable Suchmaschine erleichtert Ihnen die Recherchearbeit. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Angeboten finden Sie eine erweiterte Linkliste zu anderen Initiativen und Organisationen, die sich gegen rechts engagieren. Außerdem bieten wir einen Überblick über Aktivitäten der Rechten im Internet. Als weiteres Angebot sind in einer Karte Brennpunkte rechter Aktivitäten sowie Gegenprojekte dargestellt. Damit Sie gegen rechte Parolen nicht sprachlos bleiben, geben wir Argumentationshilfe mit Hintergrundinformationen. Und mit unserem online-Spiel plopattack! können Sie selbst testen, ob Sie gegen rechts sattelfest sind. Organisationen, Projekte und Initiativen können sich in unserer Community eintragen und somit helfen, ein starkes Netz gegen rechts zu knüpfen.

Hinweis

Berlin - Die Junge Gruppe der Gewerkschaft der Polizei führt am 15. März in Berlin ein „Forum gegen Rechts“ durch. Auf der öffentlichen Veranstaltung soll unter anderem über den Umgang mit rechten gewalttätigen Jugendlichen und rechtsextrem motivierten jugendlichen Straftätern diskutiert werden. Für die Junge Gruppe sind dies über die Mittel der Repression hinaus insbesondere Strategien zur erfolgreichen Prävention. Polizistinnen und Polizisten sollen nach Ansicht von Jens Morherr, dem GdP-Bundesjugendvorsitzenden, in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt mit gutem Beispiel vorangehen können. Kurzreferate über Jugend und Rechtsextremismus halten Benno Hafener, Marburg, und Dietmar Sturzbecher, Potsdam. In vier Workshops sollen Möglichkeiten der Schule beziehungsweise der außerschulischen Jugendarbeit, die Rolle von Justiz und Polizei sowie die polizeiliche Aus- und Weiterbildung unter die Lupe genommen werden. Termin: Donnerstag, 15. März 2001, 10.30 bis 17.00 Uhr in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, In den Ministergärten 6, 10117 Berlin. Info: GdP Bundesvorstand, Franklinstraße 1, 10587 Berlin; Tel. 030/399921-0, Fax -/399921-29; E-Mail: gdp-bund-berlin@gdp-online.de

Meldungen**Inland**

■ **Bad-Hersfeld** - Der rechte Liedermacher Friedrich Baunack (45) kandidiert anlässlich der hessischen Kommunalwahlen am 18. März wieder für die Republikaner. Der selbstständige Montageschleifer belegt den prominenten zweiten Listenplatz der REP in Bad Hersfeld. Baunack hatte bereits Mitte der 90er Jahre Karriere bei den Republikanern (Kreisrat und Bundestagskandidat) gemacht, ehe er die Partei verließ. Ab Anfang 1997 fungierte Baunack als Regionalbeauftragter von Mechttersheimers Deutschland-Bewegung in Nordhessen, wobei er als „besonders aktiver Mitstreiter“ auffiel. Daneben trat Baunack als Autor der nationalrevolutionären Publikation „wir selbst“ und als „Liederpoet in Erscheinung. Anfang Oktober trug er im „Collegium Humanum“ in Vlotho sein Programm einem interessierten Publikum vor.

■ **Berlin** - In der neuheidnischen Schrift „Huginn und Muninn“ (Untertitel: „Deutschsprachige MIDGART-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien“), die von der Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas (ANSE) herausgegeben wird, wird ausführlich der Berliner Verein „Wir helfen Berliner Kindern“ (WHBK) vorgestellt. Die ANSE empfiehlt allen „Kinderfreunden“, diesen Verein „zu unterstützen“. Der Verein beklagt, dass „das Land Berlin“ sich nicht ausreichend um die Bildung von Kindern kümmere, da „überall und ohne Ende“ gespart werde. Diese „Misere zu mildern“ hat sich nun WHBK auf die Fahnen geschrieben; es wird allerdings nicht mitgeteilt, wie. Einer der führenden WHBK-Köpfe ist der ANSE-Funktionär Bernhard Schulz, zugleich Mitglied des antisemitischen Armanen-Ordens (AO).

■ **Berlin** - Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ darf ihr Konto bei der Postbank behalten. Das Kreditinstitut hat einen Rückzieher gemacht und die Anfang Januar ausgesprochene Kündigung des bei ihr geführten Kontos des „Verlags Junge Freiheit“ zurückgenommen. Ein „Appell für die Pressefreiheit“ gegen die „politisch motivierte“ Kündigung des Kontos, für den der FDP-Rechtsabgeordneter Alexander von Stahl verantwortlich zeichnete, war am 1. Februar unter anderem auch in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienen. Die Anzeige soll rund 20 000 Mark gekostet haben.

■ **Berlin** - Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind wegen Straftaten aus dem Umfeld der NPD, darunter zahlreiche Körperverletzungen, in den vergangenen fünf Jahren 778 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, 423 Verfahren hätten sich gegen Parteimitglieder gerichtet. In 184 Fällen kam es inzwischen zu Verurteilungen.

■ **Darmstadt-Dieburg** - Der langjährige NPD-Multifunktionär Horst Heckwolf aus Reinheim ist aus seiner Partei ausgetreten. Heckwolf, der von 1993 bis 1997 für die NPD im Kreistag Darmstadt-Dieburg saß und im vergangenen Jahr NPD-Bürgermeisterkandidat in Offenbach war, will sich nicht mit „Glatzen und Skinheads“ in einen Topf werfen lassen. Diese seien im Gegensatz zu ihm tatsächlich „rechtsradikal“. Heckwolf war bis zuletzt Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Frankfurt, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Darmstadt und „Sonderbeauftragter Hessen Süd“.

■ **Düsseldorf/Magdeburg** - Die rechtsextremen Straftaten haben sich in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr mit 1 450 Vorfällen (1999: 710) mehr als verdoppelt, die Gewaltdelikte sind auf 25 (10), die aus Fremdenfeindlichkeit begangenen Taten insgesamt auf 779 (567) angestiegen. Dies teilte Innenminister Fritz Behrens am 30. Januar in Düsseldorf mit. In Sachsen-Anhalt sind nach Informationen von Innenminister Walter Püchel die rechtsextrem motivierten Straftaten im Jahr 2000 auf 1 029 (1999: 929) Delikte angestiegen. Rückläufig waren aber die Gewalttaten, wovon amtlich 67 (83) registriert werden.

■ **Frankfurt** - Eine Todesliste mit den Namen und Wohnorten von politisch Andersdenkenden („Volksverräter“) verbreitet eine „Arische Bruderschaft“. Auf der Homepage der „Bruderschaft“ finden sich auch detaillierte Anleitungen zum Bombenbau „um eurem Hass mal freien Lauf zu lassen“. Über das Selbstverständnis der „Arischen Bruderschaft“, die von Szenekennern im Großraum Frankfurt vermutet wird, heißt es: „Die Arische Bruderschaft ist eine weltweite Internet-Vereinigung, deren Ziel es ist, den Terror zu verbreiten, den Hass zu schüren und Euch Kontakte zu vermitteln.“

■ **Hamburg** - Heinrich Lummer, Ehrenpräsident der rechtsextremen Deutschen Konservativen, hat eine Broschüre über führende Mitglieder der Bundesregierung erstellt. In dem Machwerk „Wer selbst im Glashaus sitzt...“ werden Bundeskanzler Schröder

der, die Minister Fischer, Schily und Trittin sowie der Grünen-Politiker Christian Ströbele ob ihrer Vergangenheit von ihm ins Visier genommen. Im Vorwort wirft ihnen der Unions-Rechtsaußen vor, dass sie den Kampf gegen rechtsextreme Gewalt instrumentalisieren würden undsoweiter, um vom „linken gewalttätigen Extremismus“ abzulenken. Geworben wurde für die Lummer-Broschüre auch mit einer Anzeige in der „Welt“. Erhältlich ist das rund 70 Seiten starke Büchlein über die Deutschen Konservativen in Hamburg.

■ **Hann.Münden** - Der Neonazi Michael See (Ex-FAP-Mitglied) wurde von der Göttinger Berufungskammer wegen Volksverhetzung zu 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. In seinem Blättchen „Sonnenbanner“ (Nummer 19), einem „Rundbrief an den nationalen sozialistischen Freundeskreis“ (Hann.Münden), hatte See, ein arbeitsloser Dachdecker, übelste antisemitische Hetzpropaganda verbreitet und von „jüdischen Mordbanden in Deutschland“ schwadroniert. Verteidigt wurde See von dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Dessen Ausführungen gipfelten dabei in der Behauptung, Israel entwickle Gen-Waffen, die nur Araber „und vielleicht bald auch Deutsche“ töten könnten.

■ **Karlsruhe** - Neonazis im Südwesten Deutschlands verlegen ihre Aktivitäten zunehmend ins benachbarte Elsass. Mindestens elf größere Skinheadkonzerte veranstaltete die Szene seit 1999 jenseits der französischen Grenze. Bis zu 1 200 Skins und Neonazis reisten zu Konzerten an. So feierten am Dreikönigstag 2001 rund 500 Kameraden im elsässischen Kuttolsheim. Etwa zwei Drittel der Besucher waren Deutsche. Baden-Württembergs Polizeipräsident Erwin Hetger setzte sich jetzt deswegen unlängst mit Kollegen von der Gendarmerie Nationale in Straßburg zusammen. Auf 670 gewaltbereite Skins und 300 Neonazis schätzen die Verfassungsschützer die aktive braune Szene in Baden-Württemberg. Die aktivste Gruppierung ist der „Nationale Widerstand Karlsruhe“. In dessen Szenelokal „Underground“ in der Karlsruher Innenstadt führte die Polizei im Januar eine Razzia durch. Zwei Männer wurden wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz, ein weiterer wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte angezeigt. Ungeklärt ist bisher ein Sprengstoffanschlag auf eine Telefonzelle in Karlsruhe im Januar. Dabei wurde die komplette Telefonzelle in die Luft gebombt und zerstört. Der Sachschaden beträgt rund 15 000 Mark.

■ **Münster** - Das 5. „Zeitenwende“-Lesertreffen soll vom 9. bis 11. März im Großraum Münster stattfinden. Das Thema lautet „Der Gral. Der Mythos des Abendlandes“. Führender Kopf des neuhheidnischen Verlages „Zeitenwende“ ist Sven Henkler aus Dresden. Hauptreferent auf der Veranstaltung, so die Einladung, wird der neokonservative Publizist Gerd Klaus Kaltenbrunner, Autor in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und des Hohenrain-Verlages“, sein. Werbung macht für die Veranstaltung auch der belgische Cheftheoretiker der Neuen Rechten, Robert Steuckers, der an die Adressaten seiner Mailingliste das Veranstaltungsprogramm verschickte.

■ **Rottweil** - Christian Käs (40), baden-württembergischer Landesvorsitzender der Republikaner, will Oberbürgermeister der Schwarzwald-Kreisstadt Rottweil werden. In Rottweil wird am 8. April gewählt. Im Falle seiner - nicht wahrscheinlichen - Wahl will Käs sein Landtagsmandat behalten - falls er es denn noch hat -, aber darüber nachdenken, den Landesvorsitz abzugeben.

■ **Stuttgart** - Die Republikaner wollen am 15. März im Kursaal in Stuttgart ihre Abschlussveranstaltung zum baden-württembergischen Wahlkampf durchführen. Angekündigt als Redner ist der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer, der selbst wieder im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen kandidiert (1996 erzielte er dort 11,9 Prozent).

■ **Stuttgart/Weinheim** - Nach über drei Jahren hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart nun die Untreue-Ermittlungen gegen den Holocaust-Leugner und ehemaligen Bundesvorsitzenden der NPD, Günter Deckert, eingestellt. Dem 61-jährigen Weinheimer war vorgeworfen worden, er habe sich zu seiner Zeit als NPD-Chef persönlich am Vermögen der rechtsextremen Partei bereichert. Angezeigt worden war Deckert 1997 von seinem Nachfolger, dem jetzigen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Deckert stand im Verdacht, eine Spende an die NPD in Höhe von 50 000 Mark für eigene Zwecke verbraucht zu haben. Außerdem, so der Vorwurf, habe er bei der Partei überhöhte Aufwandsentschädigungen in Höhe von 650 000 Mark abgerechnet. Die Staatsanwaltschaft fand dafür aber keine Beweise. Gegen einen anderen ehemaligen Politiker der NPD wird in diesem Verfahren allerdings weiter ermittelt.

■ **Villingen-Schwenningen** - Die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), eine überparteiliche Sam-

melorganisation von Rechtsextremisten unterschiedlicher ideologischer Orientierungen, will ihren diesjährigen Jahreskongress im Großraum westliches Thüringen abhalten. Die Organisationsleitung obliegt Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen. Als Redner sind unter anderen Hans-Helmuth Knütter (CDU), Walter Marinovic (Autor in der NPD-Mitgliederzeitung „Deutsche Stimme“), Edmund Sawall (Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“), und Thor von Waldstein (Ex-NHB-Vorsitzender) angekündigt. Der genaue Ort ist bisher nicht bekannt.

■ **Winnenden** - Der neonazistische „Deutsche Freundeskreis Schwaben“ (Postfachadresse in Winnenden) hat sich am 20. Januar als Verein konstituiert. Vereinsvorsitzender ist der bisherige NPD-Funktionär Julius Jäger aus Winnenden. Ihm stehen die Vorstandsmitglieder Markus Thanheiser (Welzheim), Julia Thanheiser (Welzheim), Dennis Entenmann (Iphofen), Elke Jäger (Winnenden) und Lars Poweleit (Welzheim) zur Seite. Seine Kameradinnen und Kameraden ermuntert der „Deutsche Freundeskreis Schwaben“ in einer Pressemitteilung: „Denkt immer daran, auch wir, der Nationale Widerstand, wird eines Tages sich aus den Trümmern dieser Republik erheben wie der Phoenix aus der Asche.“

Ausland

■ **Norwegen (Oslo)** - Unweit der dänischen Hauptstadt Kopenhagen wurde jetzt der norwegische Neonazi Joe Erling verhaftet. Erling gilt als Haupttäter des rassistischen Mordes an dem 15-jährigen Benjamin Hermansen. Der Sohn eines norwegisch-afrikanischen Paares wurde Ende Januar in Oslo von mehreren Neonazis brutal ermordet. Erling soll der 1987 gegründeten Neonazigruppe „Bootboys Oslo“ angehören, die auch „Anti-Antifa-Listen“ führt. Die rund 40 Personen starke Gruppe verehrt Rudolf Hess und hat engste Kontakte zu Rechtsextremisten in Schweden. Zwanzig Jahre war in Norwegen kein rassistisch motivierter Mord registriert worden. Etwa 200 Personen werden landesweit der harten Neonaziszene zugerechnet. Verbindungen bestehen auch zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik. So wurde jüngst in den HNG-Nachrichten das „Nordische Hilfswerk“, eine neu gegründete skandinavische Neonazi-Gefangenenorganisation, vorgestellt. Über die norwegische Szene ist zu lesen: „Nachdem vor ein paar Jahren viele ältere Leute in Gesinnungshaft gehen mussten, oder resigniert haben, ist jetzt wieder eine neue,

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 03-2001 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

junge Generation nachgewachsen. Die Jugend ist mit vollem Eifer bei der Sache“.

■ **Österreich (Wien)** - Die professionellste Neonazi-Homepage in Österreich wird seit Januar von der „Kameradschaft Germania Wien“ betrieben. Die „jungen nationalgesinnten Ostmärker“, die enge Kontakte zu bundesdeutschen so genannten Freien Nationalisten pflegen, rufen dazu auf, „sich zu wehren“: „Es wäre schade, das zu verlieren wofür unsere Großväter gekämpft haben und es einfach aufzugeben!“ Neben dem Veranstellen von monatlichen Kameradschaftstreffen will sich die „Kameradschaft Germania Wien“ auch für „politische Gefangene“ einsetzen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
 Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.